

Kreis investiert Millionen am Standort Alfeld

Mit einer Vielzahl von Investitionen engagiert sich der Landkreis auch in diesem Jahr wieder rund um die Stadt Alfeld. Unsere Kreistagsabgeordneten Waltraud Friedemann, Jürgen Lanclée und Harald Schliestedt haben sich wieder massiv dafür eingesetzt, dass die nach Hildesheim größte Stadt im Landkreis bei erforderlichen Investitionen die notwendige Berücksichtigung findet.

Das Ergebnis der Bemühungen unserer Kreistagsabgeordneten kann sich sehen lassen: Millionenschwere Investitionen werde in Alfeld getätigt. Schwerpunkt sind hierbei Baumaßnahmen an den in Trägerschaft des Landkreises stehenden Schulen. Aber auch Mittel aus den Bereichen Wirtschaftsförderung, Krankenhausversorgung sowie Zuweisungen für Sportförderung und den Kindertagesstättenbereich fließen nach Alfeld.

„Uns ist es darauf angekommen, mit den Investitionen insbesondere die kreisweite Bedeutung der Stadt als Schulstandort abzusichern“, so die SPD-Stadtverbandsvorsitzende, Kreistagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Waltraud Friedemann.

Die meisten Investitionen werden am Gymnasium getätigt. Bereits in einem zweiten Bauabschnitt wird in diesem Jahr die energetische Sanierung der Aula fortgesetzt. Zusammen mit der Stadt Alfeld wird hierfür eine Summe von insgesamt 770.000 Euro eingesetzt. Weitere 100.000 Euro sind für Umbau- und Sanierungsarbeiten der Essensausgabe und die Mensa vorgesehen, 120.000 Euro

werden in den Umbau und die Einrichtung von naturwissenschaftlichen Fachübungsräumen fließen. Darüber hinaus ist zum Jahreswechsel im Zusammenhang mit der Einrichtung des Ganztagsbetriebs der Anbau eines Freizeitbereichs mit Bibliothek geplant. Für diesen Anbau wird der Landkreis weitere 670.000 Euro investieren.

Im Zuge der energetischen Sanierung der Berufsbildenden Schulen werden in diesem Jahr in einem ersten Bauabschnitt Teile der Fassade ausgetauscht. Die Kosten dieser Maßnahme betragen 850.000 Euro. Für die Hauptschule (Gebäude der ehemaligen Orientierungsstufe) schlägt der Austausch der Heizungsanlage mit 90.000 Euro zu Buche.

Im sog. „Haus 2“ der Hauptschule am Antonianger werden Baumaßnahmen in Höhe von 420.000 Euro ausgeführt, um das Gebäude für Zwecke der Volkshochschule herzurichten. Auch den Erhalt der Verwaltungsausßenstelle lässt sich der Landkreis etwas kosten: Für die Erneuerung des Fluchttreppenhauses sind im Haushalt des Kreises 145.000 Euro bereitgestellt worden.

Auch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises,



Hildesheim Region (HI-REG), hat bis zum Frühjahr dieses Jahres erste Investitionszuschüsse für den Bereich der Stadt Alfeld ausgezahlt. Aus dem Investitionsfonds HI-Invest wurden bisher Zuschüsse für Betriebserweiterungen und Existenzgründungen in Höhe von etwa 59.000 Euro an Alfelder Betriebe geleistet.

Kleinere Beträge sind in den Bereichen Sportförderung und Kindertagesbetreuung vorgesehen. So werden Investitionen an Sportstätten mit rund 12.000 Euro und in Kindergärten mit 5.600 Euro durch den Landkreis bezuschusst.

„Den Erhalt der Krankenhausversorgung im südlichen Landkreis hat sich die SPD schon in ihrem Kreiswahlprogramm zur Kommunalwahl 2006 für die laufende Wahlpe-

riode auf ihre Fahnen geschrieben“, unterstreicht Waltraud Friedemann, die zusammen mit Harald Schliestedt dem Aufsichtsrat des Alfelder Krankenhauses angehört. Zur Stärkung Alfelds als Krankenhausstandort seien deshalb bereits im Frühjahr dieses Jahres 500.000 Euro in die Erhöhung des Stammkapitals der Krankenhausbesitzgesellschaft investiert. Weitere 500.000 Euro habe der Landkreis für die Klinik verbürgt. Beide Summen sind zusätzlich in gleicher Höhe durch die Stadt Alfeld, als Mitgesellschafterin der Krankenhausbesitzgesellschaft, getätigt worden.

Landkreis tritt beim Radwegebau in die Pedalen

Mit einem millionenschweren Radwegebauprogramm macht der Kreis jetzt Tempo beim Ausbau der Radwege. In einer Prioritätenliste für den Neubau und einer Dringlichkeitsliste für zu sanierende Radwege wird der Bedarf aufgeführt. Freuen wird das auch die Bürgerinnen und Bürger aus Limmer, Godenau und Brunkensen und ihre Ortsräte. Hatten diese doch schon seit Jahren den Bau eines Radweges zwischen Brüninghausen und der Kolonie Godenau

gefordert. Diese Maßnahme ist nun in die Dringlichkeitsliste aufgenommen worden.

Kurzfristig ist zwar nicht mit einer Realisierung zu rechnen, die Chancen des Baues dieses notwendigen Radweges haben sich aber deutlich erhöht.

Die beiden Mitglieder des zuständigen Fachausschusses für Sicherheit und Ordnung aus Alfeld, Waltraud Friedemann und Harald Schliestedt, werden sich hierfür weiterhin verstärkt einsetzen.



Im Bild, hier die Kreisstraße zwischen Brüninghausen und Godenau. Auch die Sanierungen der Radwege parallel zur Kreisstraße in der Ortsdurchfahrt Eimsen sowie an der Föhrster Straße in Alfeld stehen mit auf der Dringlichkeitsliste.



Liebe Alfelderinnen und Alfelder,

am 27. September ist Bundestagswahl. An diesem Tag steht sehr viel auf dem Spiel. Es geht um die Richtung für viele Jahre. Bei dieser Wahl entscheiden Sie nicht nur für die kommende Legislaturperiode, sondern für das nächste Jahrzehnt. Es geht darum, wie unser Land in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren, in den Jahren nach der Krise, in den Jahren nach der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung aussehen soll.

Unser Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier hat mit dem Deutschlandplan ein anspruchsvolles aber realistisches Zukunftskonzept vorgestellt, um den Bürgern einen Weg aus der Wirtschaftskrise aufzuzeigen. Nach seinen Vorstellungen sollen in den nächsten zehn Jahren vier Millionen neue Jobs entstehen. Sofort nach Vorlage der Agenda 2020 wurde Hohn und Spott über ihn ausgeschüttet. Unrealistisch hieß es sofort, sogar planwirtschaftliches Denken wurde ihm vorgeworfen. Ich halte die Ideen von Frank-Walter Steinmeier nicht

für unrealistisch. Die Große Koalition hat zum Beispiel in den letzten vier Jahren die Arbeitslosigkeit um zwei Millionen verringert.

Warum sollte es daher nicht möglich sein, in den nächsten zehn Jahren vier Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Natürlich sind diese Ziele ehrgeizig. Wer den Wohlstand eines Landes auch in zehn Jahren sichern will, muss heute schon ernsthaft darüber nachdenken und die Ärmel aufkrempeln.

Außerdem haben die Bürger einen Anspruch darauf, gerade vor den Wahlen zu erfahren, mit welchen Konzepten sie etwas in diesem Land bewegen wollen.

Frank-Walter Steinmeier hat den Anfang gemacht und ein überzeugendes und verständliches Konzept zur Krisenbewältigung vorgelegt, in dem für eine gemeinsame Anstrengung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Politik geworben wird, also kein Jobwunder als Wahlversprechen.

Dieses alles wird aber nur mit Ihnen zu realisieren sein.

Daher meine herzliche Bitte an Sie, gehen Sie am 27. September zur Wahl und geben Sie Ihre Erststimme Bernhard Brinkmann und die Zweitstimme der SPD.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Waltraud Friedemann

Waltraud Friedemann
Stadtverbandsvorsitzende



August Funke

Die SPD Hörsum feiert ihr 90-jähriges Jubiläum

Dieses Jahr steuerte der SPD-Ortsverein Hörsum auf ein stolzes Jubiläum zu. Auf 90 Jahre Geschichte kann nicht jeder Verein und natürlich auch nicht jede Partei zurückblicken.

In Hörsum war es jetzt soweit und dieses Ereignis wurde Anfang September mit einem Festakt in dem Hörsumer Hotel-Restaurant "Zur Eule" begangen. Im Zentrum stand die örtliche Parteigeschichte und deren Wirken für die Ortschaft.

Der SPD-Ortsverein Hörsum wurde 1919 als Wahlverein begründet. Unterlagen hierüber liegen leider nicht mehr vor. Diese sind wahrscheinlich in der Zeit des sog. „Dritten Reiches“ verloren gegangen. Aus den Aufzeichnungen des ersten Vorsitzenden und langjährigen Bürgermeisters August Funke geht hervor, dass vorher Vereine bestanden, die der SPD nahestanden.

Bereits bei der ersten Kommunalwahl im Jahre 1919 erhielten die Sozialdemokraten die meisten Stimmen und stellten bis zum Verbot der Partei im Jahr 1933 den Hörsumer Bürgermeister.

Nach Kriegsende wurde die Partei am 14. April 1946 neu gegründet. Während seiner nunmehr 90-jährigen Geschichte des Ortsvereins waren, bis auf zwei Wahlperioden,

Sozialdemokraten als Bürgermeister tätig und haben damit nachhaltig die Geschicke der Ortschaft bestimmt. Zu den letzten wesentlich durch ihren politischen Einfluss durchgesetzten Vorhaben zählt die Hörsumer SPD z.B. die Sanierung der Ortsdurchfahrt.

Engeladen zum Festakt waren die örtlichen Vereine sowie alle SPD-Gliederungen im Bereich der

Stadt Alfeld. Grüße und Glückwünsche überbrachten neben den örtlichen Vereinen der Bundestagsabgeordnete Bernhard Brinkmann, der Alfelder Bürgermeister Bernd Beushausen und Vertreter des Landkreises. Der Festakt wurde von der Gesangsabteilung der Kulturgemeinschaft Hörsum würdig umrahmt.



Bundestagswahl am 27. September 2009

Ihre Stimme entscheidet über die Zukunft Deutschlands

Bernhard Brinkmann für die Region Alfeld wieder in den Bundestag

Ganz im sozialdemokratischen Sinn bringt sich Bernhard Brinkmann seit jeher in die Politik ein, um für alle Menschen Chancengleichheit zu erlangen. Für ihn war es schon immer wichtig, dass sich die verantwortlichen Politiker eines Landkreises und einer Stadt der Sorgen und Nöte, der Vorstellungen und Ideen der Menschen annehmen.

Diese Maxime hat er auch seit 1998 in seiner Funktion als Bundestagsabgeordneter stets fest vor Augen. Der Staat hat die Aufgabe, die möglichen Ursachen von sozialer Ungerechtigkeit zu beseitigen. Das gilt für übergeordnete Wirtschafts- und Sozialsysteme wie auch für die unmittelbaren Belange der Menschen vor Ort. Dafür steht er als Sozialdemokrat in Berlin wie in seinem Wahlkreis ein.

Auch für die nächste Legislaturperiode hat er sich vorgenommen, diese bürgernahe und erfolgreiche Politik fortzusetzen. Getreu seinem Motto „Nah bei den Menschen“ möchte er seine intensive Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger der Region Alfeld von Berlin aus und vor allem auch vor Ort fortführen.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Stadt und der Landkreis Hildesheim einen Abgeordneten in Berlin hat, dem Sie erneut Ihr Vertrauen schenken können.

Wählen Sie deshalb am 27. September SPD!



Für uns als Kanzler für Deutschland:

Frank-Walter Steinmeier



Frank-Walter Steinmeier hat klare Ziele:

Alle sollen Arbeit haben, gerecht entlohnt.
 Alle Jugendlichen sollen einen Schulabschluss und Bildungsabschluss haben. Faire Bildungschancen für alle.
 Deutschland soll Ideenschmiede der Welt in Sachen Klimaschutz werden. Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung voranbringen.

Wir wollen Familien stärken. Die Lage der Alleinerziehenden wollen wir deutlich verbessern.
 Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen weiter voranbringen.
 Integration ist eine zentrale Aufgabe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.
 Im ersten globalen Jahrhundert kann und will Deutschland nicht alleine agieren, sondern als wichtiger Teil Europas.

Wir sind der Auffassung, dass dieser Kanzlerkandidat der Beste für Deutschland ist.

Wählen Sie deshalb am 27. September SPD!

Ihre Erststimme für Bernhard Brinkmann

Ihre Zweitstimme für eine starke SPD

Sie haben Fragen? Wir sind für Sie da

SPD-Büro Alfeld (Leine)
 Bürgerbüro Bernhard Brinkmann, MdB
 SPD-Stadtverband Alfeld (Leine) und Ortsvereine im Stadtverband

Büroöffnungszeiten:

Mo.-Fr.	7.30-11.30 Uhr	Telefon	(0 51 81) 31 31
Di. und Do.	14.30-18.00 Uhr	Fax	(0 51 81) 2 56 23
		Email	info@spd-alfeld.de
		Internet	www.spd-alfeld.de

TERMINE

18.09.2009 17 Uhr
 Mitgliederabend OV Limmer / Godenau im Restaurant Alexandros in Limmer
 Gast Bernhard Brinkmann, MdB

19.09.2009 9 bis 15 Uhr
 Infostand an der Ecke Marktstraße/Leinstraße mit einer Aktion zum Thema Gesundheitspolitik und Luftballonwettbewerb für Kinder

20.09.2009
 Bernhard Brinkmann besucht die islamischen Gemeinde in Alfeld

23.09.2009 15 Uhr
 Bernhard Brinkmann im Café Frohsinn im AWO-Haus

26.09.2009 9 bis 13 Uhr
 Infostand an der Ecke Marktstraße/Leinstraße zum Thema Sozialpolitik und Rente

26.09.2009 ab 9.00 Uhr
 Motorradtour auf Einladung des OV Alfeld und Röllinghausen – Interessierte sind herzlich willkommen!
 Infos im SPD-Büro

27. September 2009
 Bundestagswahl



Herausgeber:
 SPD-Stadtverband und Ratsfraktion Alfeld (Leine), V.i.S.d.P. Waltraud Friedemann
 Redaktionsteam: Burkhard Wecke, Joachim Kiehne, Matthias Dietz, Torsten Schunder, Sören Rekel

Gudewillstraße 17,
 31061 Alfeld (Leine)
 Tel.: (0 51 81) 31 31,
 Fax: (0 51 81) 2 56 23
 www.spd-alfeld.de
 info@spd-alfeld.de

Auflage: 10.000 Stück im Stadtgebiet Alfeld (Leine)



Die Bundestagswahl und ihre Herausforderungen

Interview mit Bernhard Brinkmann, MdB

Alfelder Vorwärts (AV):

Herr Brinkmann, am 27. September 2009 wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. Sind Sie im Wahlkampfstress?

Bernhard Brinkmann (BB):

Der Bundestagswahlkampf ist im vollem Gange, bis Ende September kommen zahlreiche Wahlkampfverpflichtungen hinzu, aber es bereitet mir stets viel Freude die schönen Orte in meinem Wahlkreis zu besuchen. Dabei werde ich natürlich auch in der Leinestadt Alfeld reinschauen.

AV: Die aktuellen Umfragewerte für die SPD sehen nicht zufriedenstellend aus. Wann beginnt die Aufholjagd?

BB: Die derzeitige Situation ist durchaus mit der Bundestagswahl 2005 vergleichbar. Damals lag die CDU/CSU bei einer stabilen absoluten Mehrheit. Allerdings war der Abstand zu meiner Partei bedeutend höher als jetzt und dennoch lieferten sich die beiden großen Volksparteien am Wahlabend ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Wir werden also genau wie 2005 kämpfen - und zwar bis zum Wahltag um jede einzelne Stimme.

Die Unterstützung durch die Parteilgliederungen ist hierbei natürlich ein unverzichtbares Element. Und was die Alfelder SPD angeht, so ist hier stets von einem ganz besonders professionellen und erfolgreichen Wahlkampf auszugehen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass auch 2009 ein entsprechend gutes Ergebnis in meinem Wahlkreis eingefahren wird.

Was mich selbst angeht, so werde ich mich in den letzten Tagen vor der Wahl noch einmal speziell den kurzentschlossenen Wählerinnen und Wählern widmen. Zu meinen diesbezüglichen Aktivitäten zählen neben den Info-Ständen auch verstärkt Hausbesuche.

AV: Welche Themen werden im Wahlkampf eine Rolle spielen?

BB: Am Wahlabend entscheidet sich, wer Deutschland in den kommenden vier Jahren regieren wird. Ein kurzer Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die SPD eine Bilanz vorzuweisen hat, die sich sehen lassen kann.

Schon als die Große Koalition seinerzeit ihren Vertrag für vier

Jahre gemeinsames Regierungshandeln vorgestellt hat, hat meine Partei sich in den wesentlichen Punkten durchgesetzt. Hier sind die Stichworte Kündigungsschutz, keine Abschaffung der steuerfreien Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, Erhalt der Gewerbesteuer, vier Milliarden Euro für Krippenplätze und Reform der Erbschaftsteuer zu nennen. Auch der Mindestlohn für rund drei Millionen Arbeitnehmer wurde gegen den erbitterten Widerstand des Koalitionspartners eingeführt.

Auf Bundesebene werden die zentralen SPD-Wahlkampfthemen 2009 vor allem die Schaffung von Arbeitsplätzen, der gesetzliche Mindestlohn, Erneuerung traditioneller Industrien, mittelstandsfreundliche Forschungs- und Finanzpolitik sowie die Modernisierung der Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sein.

AV: Welche Ziele haben Sie sich für die kommende Wahlperiode gesetzt?

BB: Ein wesentliches Ziel ist der verantwortungsvolle Weg aus der Krise. Einige gehen davon aus, dass die Krise als Betriebsunfall anzusehen ist und es nach ihrer Behebung läuft wie bisher. Diese Auffassung teile ich nicht.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Ergebnis einer Ideologie, bei der maximaler Profit und nicht der Mensch im Mittelpunkt steht. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie unzählige Unternehmen müssen ausbaden, was andere mit ihrer rücksichtslosen Renditejagd verursacht haben.

Daher ist es meines Erachtens die Aufgabe der Politik, die Folgen zu

bewältigen und Maßnahmen zu ergreifen, die eine Wiederholung einer solchen Krise ausschließen. Unser Finanzminister Peer Steinbrück hat hierzu ganz entscheidende Impulse gesetzt und dafür gesorgt, dass Deutschland die Krise gut überstehen kann und für die Zukunft fit gemacht wird. Und ich werde als Haushaltspolitiker alles mir Mögliche tun, um diese Strategie im Sinne unseres Landes und meines Wahlkreises zu unterstützen.

AV: Können Sie weitere Ziele konkret benennen?

BB: Ja, gem. Für mich ist besonders wichtig, dass wir Folgendes erreichen: Gute Löhne für gute Arbeit – und zwar für alle!

Erstklassige Bildung ohne Gebühren!

Klimaschutz mit sicherer, erneuerbarer Energie statt gefährlicher Atomkraft!

Unterstützung für unsere Familien!

Echte Gleichstellung für Frauen!

Ein tolerantes Land für alle – Vielfalt statt Einfalt!

Eine menschliche Gesellschaft statt ungezügelter Kapitalismus!

Fortschritt und Nachhaltigkeit durch entsprechende Bildung, Ausbildung und Arbeit!

AV: Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird zu geringeren Steuereinnahmen führen und damit alle öffentlichen Haushalte belasten. Ist es da noch seriös, Steuersenkungen zu versprechen?

BB: In der Zeit vor 2005 war es die Schröder-Regierung, die gegen den Widerstand der anderen massive Steuersenkungen durchgesetzt hat. Die SPD hat den Eingangssteuer-

satz seinerzeit von 25,9% auf 15% gesenkt. Im Rahmen des Konjunkturpakets zur Bekämpfung der Krise haben wir eine weitere Senkung auf 14% vorgeschlagen und erreicht.

Aber wer in Kenntnis der aktuellen Haushaltslage von Bund, Ländern und Kommunen jetzt noch zusätzliche massive Steuersenkungen verspricht, handelt meiner Meinung nach grob fahrlässig und macht den Wählerinnen und Wählern etwas vor.

AV: Hat die Bundesregierung mit den Konjunkturpaketen insgesamt die richtigen Impulse gegen die Krise gesetzt?

BB: Ich bin der Auffassung, dass es die beste Lösung war, auf die schlimmste Krise seit 60 Jahren nicht kopflos zu reagieren, sondern wohlüberlegt gegenzusteuern. Bestes Beispiel hierfür ist das kommunale Investitionsprogramm. Damit sichern wir nicht nur kurzfristig für die tragende Säule der deutschen Wirtschaft – nämlich für Handwerk und Mittelstand – Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Vielmehr werden wir von den zusätzlichen Investitionen in Bildungseinrichtungen oder auch in die kommunale Infrastruktur noch Jahrzehnte profitieren.

Während der ersten Wochen meiner Sommertour durch den Wahlkreis konnte ich mich bereits in vielen Städten und Gemeinden davon überzeugen. Überall kann fleißig gearbeitet werden.

AV: Mit welchen weitergehenden Maßnahmen sollen in und nach der Krise Ausbildungs- und Arbeitsplätze gesichert werden?

BB: Die zielgerechte Verbesserung beim Kurzarbeitergeld hat geholfen, hunderttausende Arbeitsplätze zu erhalten. Die SPD-Fraktion hat sich deshalb für das im Juni vom Bundestag beschlossene „Kurzarbeitergeld plus“ eingesetzt. Es steht somit fest: Die mögliche Bezugsdauer wird auf 24 Monate verlängert. Ab dem siebten Monat bekommen Unternehmen die vollen Sozialversicherungsbeiträge erstattet. Damit gilt weiter das klare Prinzip „Kurzarbeit vor Entlassung“.

Auch die Betriebsräte können selbst aktiv werden und einiges tun, um die Krise in ihrem Unternehmen ohne Entlassungen zu meistern. Denn sie müssen der Kurzarbeit nicht nur zustimmen, sie können sie auch selbst bei der Arbeitsagentur beantragen.

Veränderte Bedingungen beim Ausbildungsbonus verbessern die Chancen von Auszubildenden, ihre Ausbildung fortzusetzen, falls ihr Arbeitgeber in Insolvenz geht. Außerdem wurde die Bundesagentur für Arbeit aufgefordert, die Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze mindestens auf dem gleichen Niveau wie 2008 zu gewährleisten.

AV: Sommerreise, Wahlkampftermine, regelmäßige Bürgersprechstunden... Wie schaffen Sie es, immer vor Ort anwesend zu sein sowie stets für die Bürgerinnen und Bürger als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen?

BB: Das ist für mich nichts Neues. Ich habe in den vergangenen elf Jahren jederzeit großen Wert auf eine ständige Präsenz im Wahlkreis gelegt – getreu meinem Motto „Nah beim Menschen“. Natürlich schaffe ich das nicht allein.

Meine Frau hält mir zu Hause den Rücken frei und die Mitarbeiter in den Büros in Berlin, Hildesheim und Alfeld sind höchst motiviert und unterstützen mich bestens. Nicht zu vergessen die zahlreichen Ortsvereinsmitglieder und Helfer in Landkreis und Stadt Hildesheim, die mich oft bei unterschiedlichsten Gelegenheiten ehrenamtlich unterstützen. Für all das bin ich sehr dankbar.

AV: Was wünschen Sie sich zur Bundestagswahl am 27. September 2009 von den Alfelder Mitbürgern?

BB: Ich bitte erneut um das Vertrauen der Alfelderinnen und Alfelder. Außerdem hoffe ich auf eine hohe Wahlbeteiligung. Ich werde alles daran setzen, die Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises zu motivieren, ihr Wahlrecht zu nutzen. Und wenn Gespräche am Arbeitsplatz, in den Vereinen und Verbänden oder auch einfach „über den Gartenzaun“ dazu beitragen, noch den einen oder anderen mehr dazu bewegen, seine Stimme abzugeben, dann freue ich mich. Denn nur wer wählt, kann mitbestimmen.

AV: Wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen Ihnen viel Erfolg.

BB: Herzlichen Dank.

Erststimme für unseren Mann in Berlin. Ist doch klar!

AG 60 plus der Alfelder SPD mit neuem Vorstand

Die Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD vereinigt Mitglieder vom 60. Lebensjahr an. Auch Vorruheständler und weitere in der Seniorenarbeit Tätige, auch wenn sie nicht Mitglied der SPD sind, sind herzlich willkommen. Die Aufgabe der AG 60 plus ist es, die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten. Das politische und gesellschaftliche Engagement wie die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben der Älteren wird gefordert. Es werden Kontakte zu den sozialen Verbänden, Organisationen und Initiativen, zu den Seniorenvertretungen und zu den Gewerkschaften gepflegt. Die Arbeits-

gemeinschaft ist offen für die Mitarbeit eines jeden Bürgers.

Nach dem Ausscheiden und dem plötzlichen Tod von Karl-Heinz Wunsch, der dieser Arbeitsgemeinschaft über Jahre vorstand, ruhte diese einige Zeit. Karl-Heinz Wunsch gebührt für seine jahrelange engagierte Arbeit der aufrichtige Dank der Alfelder SPD.

Eine Reihe von Mitgliedern über 60 der SPD Alfeld (Leine) haben jetzt in einer Versammlung im Alfelder Naturfreundehaus die AG 60



Auf dem Foto zu sehen: Fritz Rohr, Michael Zander, Waltraud Friedemann, Gabriele Sievers, Sieglinde Dudek, Günther Springmann, Bernhard Brinkmann, Burkhard Thöne



plus auf Stadtebene wieder aufleben lassen.

Waltraud Friedemann, Vorsitzende des SPD-Stadtverbandes, freute sich über die Bereitschaft der Genossinnen und Genossen, Funktionen in der wieder belebten Arbeitsgemeinschaft zu übernehmen.

Gabriele Sievers wurde zur 1. Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft gewählt, Günther Springmann fungiert als ihr Stellvertreter. Als Beisitzer und Beisitzerinnen berief die Versammlung Uta Kazich, Willi Schwarz, Herbert Marx und Sieglinde Dudek.

Als Gäste wohnten der Versammlung der Bundestagsabgeordnete Bernhard Brinkmann und der Unterbezirksvorsitzende der AG 60 plus, Fritz Rohr bei.

Wer Interesse an einer Mitarbeit in der AG 60 plus hat, erhält bei der 1. Vorsitzenden Gabriele Sievers unter Tel. (0 51 81) 42 96 oder im SPD-Büro Informationen über die Arbeit und weitere Aktivitäten.

Schönheitskur für Alfelds Schulen

Zusätzlich zu den Maßnahmen aus dem Landkreis werden Alfelds Schulen auch mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket aufgewertet.

Nach den der Stadt Alfeld zugewiesenen Förderhöchstbeträgen beträgt das Investitionsvolumen ca. 780.000 Euro.

65 % dieser Investitionen sind für Bildungsinfrastruktur vorgesehen. Dazu zählt auch die energetische Sanierung z. B. in der Dohnser Schule.



„Ein feiner Zug von der Bahn“ Wird die Leineberglandregion abgehängt?

Die Europäische Union hat sechs Bahngüterkorridore durch Europa definiert. Der Korridor B: Stockholm – München Innsbruck – Verona – Firenze – Roma – Napoli durchquert auch Deutschland.

Alle Korridore sollen mit ERTMS (European Rail Traffic Management System) ausgerüstet werden, um die Zusammenarbeitsfähigkeit zu erhöhen. Durch ERTMS kann die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs erheblich verbessert und das Güterverkehrsaufkommen bis 2020 verdoppelt werden. Das hat möglicherweise auch die Einschränkung des Personenverkehrs in den Korridoren zur Folge. Betroffen davon ist auch die Nord-Süd Eisenbahnverbindung, die durchs Leinetal verläuft. Es ist zu befürchten, dass die Taktzeiten beim metronom nicht



mehr eingehalten werden und Anschlusszüge in Hannover oder Göttingen nicht mehr erreicht werden können. Nahverkehrs- oder Fernverkehrszüge müssen erst verspätete Güterzüge durchlassen. Nach dem Wegfall der meisten IC-Verbindungen ein weiterer herber Rückschlag

für die Region. Zu diesem Thema haben wir auch den Vorsitzenden des Fahrgastverbandes „Pro Bahn“ Björn Gryschka und den Alfelder Bürgermeister Bernd Beushausen um eine Stellungnahme zu dem Thema gebeten:



Bürgermeister Bernd Beushausen zu den Plänen der Bahn:

Die dargelegten Gefahren, die sich aus den Planungen der Europäischen Union für die Stadt Alfeld (Leine) ergeben könnten, beurteile ich ebenso als schwerwiegend. Es ist nicht hinzunehmen, dass nach Wegfall eines größten Teils der IC-Verbindungen möglicherweise auch noch der Personennahverkehr nach Hannover und Göttingen erhebliche Einschränkungen erleidet.

Wichtig für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Alfeld (Leine) ist und bleibt es, sowohl über die Bundesstraße 3, insbesondere aber auch mit der Bahn schnellstmöglich u.a. die Landeshauptstadt zu erreichen. Gleiches gilt aber eben auch für die Einpendler, die hier in Alfeld ihren Arbeitsplatz haben und dementsprechend auf eine vernünftige Taktung des Metro-noms angewiesen sind.

Aus den bereits geführten Gesprächen ergibt sich, dass sich Rat und Verwaltung der Stadt Alfeld (Leine) in Zusammenarbeit mit unseren Bundestagsabgeordneten sowie dem Fahrgastverband „Pro Bahn“ bei der Bundesregierung dafür einsetzen werden, dass im Leinetal eben nicht einer der vorhandenen Bahngüterkorridore laufen wird.



Björn Gryschka von Pro Bahn: „Vorrang für Güterzüge – Aus für metronom-Taktverkehr?“

Ob der metronom in fünf oder zehn Jahren noch immer so erfolgreich wie derzeit durch das Leinetal rollen wird, ist nach Ansicht des Fahrgastverbandes Pro Bahn höchst unklar. „Erst im Mai hatte Dr. Carsten Hein, Geschäftsführer von metronom in Alfeld von erheblichen Fahrgastzuwächsen berichtet und zum Jahresende die Verstärkung der metronom-Züge um einen Wagen angekündigt“, sagt Björn Gryschka von Pro Bahn, „doch die derzeitige Schienennetzplanung gefährdet unseres Erachtens den langfristigen Erfolg des Taktverkehrs erheblich.“ Güterzüge aus den Seehäfen ließen die Strecke schon bisher immer wieder an ihre Kapazitätsgrenzen stoßen und

beeinträchtigen so die verlässliche Durchführung des Personenverkehrs. „Der Güterverkehr wird mit Anziehen der Konjunktur wieder zunehmen. Zusätzlich räumt der kürzlich beschlossene „Europäische (Güter-) Korridor Stockholm – Hamburg – München – Neapel“ den Güterzügen explizit Vorrang vor anderen Verkehren ein.“ Bis 2020 ist der Korridor zu realisieren.

Damit kann es künftig geschehen, dass Personenzüge wie metronom nur noch zu Zeiten verkehren dürfen, die der Güterverkehr gerade nicht beansprucht. Das kann weiter einen angenäherten Stundentakt bedeuten, aber auch deutliche Abweichungen um 15 oder 20 Minuten sind denkbar. „Damit werden Anschlüsse an den Unterwegsbahnhöfen wie z. B. Elze, Kreiensen oder Göttingen Zufall. Bei Umsteigern können sich die Fahrzeiten schnell um eine Stunde verlängern“, meint Gryschka.

In dieser Situation plant die DB Netz AG nun nicht etwa den Ausbau der Streckenkapazität, das Gegenteil ist der Fall. Bereits im Februar 2009 hatte die Deutsche Bahn in Freden das Überholgleis Richtung Norden abgebaut, nun ist dasselbe mit dem Überholgleis Richtung Süden geplant. Auch wenn gleichzeitig durch zusätzliche Signale die Zugfolgeabstände auf der Strecke etwas verkürzt werden,

verringert sich die Kapazität doch um 1,2 Prozent, wie aus einem Schreiben des Eisenbahnbundesamtes hervorgeht.

Unverständlich ist für den Fahrgastverband auch, warum vor diesem Hintergrund das Eisenbahnbundesamt die Maßnahme genehmigt hat. In einer Bekanntmachung schreibt es, dass „die Leistungsfähigkeit der Strecke insgesamt nur in moderatem Umfang berührt“ sei. „Die Reduzierung um 1,2 % mag zwar in der unmittelbaren Zukunft noch nicht erheblich sein, aber schon jetzt werden z. B. defekte Fahrzeuge unweigerlich zu Zugstaus führen. Bei Gegenverkehr nützen auch die verbleibenden Fredener Weichen zum Wechsel auf das Gegengleis wenig.“

Dass es aber in wenigen Jahren zu Problemen für den Personenverkehr komme, befürchtet auch metronom. Am 14. 2. 2009 hatte Dr. Hein in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung erklärt, dass mehr Güterverkehr und weniger Infrastruktur nicht zusammenpassten. Wenn der Güterverkehr künftig Vorrang erhalte, könne dies zum Problem werden. „Ich sehe hier auch die örtlichen Bundes- und Landtagsabgeordneten gefordert, sich für den Erhalt des von vielen Bewohnern genutzten Bahnangebotes einzusetzen“, so Gryschka abschließend.